



Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein; Donhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Donhoff 3606-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 3 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig, keine Verbindlichkeiten für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzeige 10 Pf.] Nr 358

MITTWOCH, 27. JULI 1932

ABEND-AUSGABE

Machtpolitik im Reichsrat

Das Gegengewicht

Papen als Reichskommissar instruiert die preußischen Stimmen

Die Reichsregierung beruft sich nun innen und außen auf die Unterstützung, die ihr von den rechtsradikalen Gruppen zuteil werde. Ein Blatt, das sich für das Kabinett im Ganzen und für Herrn von Papen im besonderen einsetzt, beantwortet die Frage, wie man für Papen stimmen könnte, mit der parole: „Die Stimme der Preußen, wobei zu bedenken ist, daß der Nationalsozialismus der Mitwirkung erprobter Fachleute und politisch ausgeglichener Persönlichkeiten bedürfte“. Diese „Fachleute“ finden sich, wie man annehmen darf, im Lager Eugenbergs, der nach dieser Interpretation der Chef der eigentlichen Regierungspartei wäre.

Reichskanzler von Papen hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar von Preußen die Mitglieder des Reichsrats Braun brieflich davon verständigt, daß er sie als ihrer Funktionen als Bevollmächtigte Preußens zum Reichsrat enthebe. Im Stille des Reichspräsidenten Braun und der Staatsminister hat Reichskommissar von Papen den von ihm ins Innenministerium entsandten Oberbürgermeister Dr. Bracht und die kommissarischen Ministerernannten Staatssekretäre als Bevollmächtigte zum Reichsrat bestellt.

Die Mitglieder des Kabinetts Braun haben die ihnen zugegangene Mitteilung mit einer Rechtsverwahrung beantwortet. Der Antrag auf Erlass einer einseitigen Verfügung, der am Montag vom Staatsgerichtshof abgelehnt worden ist, bezog sich, wie man weiß, nicht nur darauf, daß der Reichskommissar sich nicht als preußischer Ministerpräsident bezeichnen und daß die von Papen bestellten Ministerkandidaten nicht als Staatsminister auftreten dürfen, sondern auch, daß sie und ihre Vertreter nicht als Staatsminister Preußens im Reichsrat vertreten dürfen. Wenn auch eine „einseitige Verfügung“ abgelehnt worden ist, so steht die ladende Entscheidung des Staatsgerichtshofs doch noch aus.

Trotzdem hat Herr von Papen eine Maßnahme getroffen, die die verfassungsmäßige Funktion des Reichsrats erheblich gefährdet. Der Reichsrat soll nach der Verfassung ein selbständiger Faktor der Gesetzgebung sein. Nach Artikel 60 bedarf die Einbringung von Gesetzesvorlagen der Reichsregierung der Zustimmung des Reichsrats. Kommt eine Uebereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat zustande, so kann die Reichsregierung die Vorlage gleichwohl einbringen, hat aber hierbei die abweichende Auffassung des Reichsrats wahrzunehmen. Der Reichsrat hat ferner ein Einpruchsrecht gegen Besetze, die vom Reichstag beschaffen worden sind. Jedes Land hat im Reichsrat mindestens eine Stimme, bei den größeren Ländern entfällt auf 700 000 Einwohner eine Stimme, wobei ein Ueberschuß von 350 000 Einwohnern 700 000 gleichgerechnet wird. Um eine Majorisierung der anderen Länder durch Preußen zu verhindern, ist in der Verfassung aufgenommen worden, daß kein Land durch mehr als 3/4 aller Stimmen vertreten sein darf.

Diese Schwerkraft wird jetzt dadurch beseitigt, daß im Wirklichen die preußischen Stimmen im Reichsrat durch den Reichskanzler als Reichskommissar beziehungsweise durch seinen Stellvertreter instruiert werden.

wobei nicht nur die Einflimmigkeit im Räteverband, sondern auch der Haag angehalten werden sind. Der Bankenvorband erläßt eine Rundgebung für die Anleiher.

Aus dem Gutachten sämtlicher Arbeiterkammern sei hervorgehoben, daß sie die vorausschätzlichen Kosten der neuen Anleihe bei 20jähriger Laufzeit mit 60 Millionen in Höhe berechnen und verlangen, es müsse erst einmal bekanntgegeben werden, wie man diesen Betrag aus der Wirtschaft herausheben könne. Man fenne die finanziellen Bedingungen noch nicht einmal andeutungsweise.

Bolivien macht mobil

BUENOS AIRES, 27. JULI

Nach Meldungen aus La Paz hat die bolivianische Regierung die allgemeine Mobilisierung angeordnet. Die Truppen sind bereits bis auf zwei Regimenter in die paraguaysche Grenze in Marsch gesetzt. Man rechnet damit, daß die Kriegserklärung von Durchdringung der Mobilisierung am 6. August erfolgen wird.

In Muzelca, der Hauptstadt von Paragway sollen sich bereits 10 000 Wehrmänner in den Kasernen eingefunden haben, obwohl die Regierung bisher noch keine Kriegsvorbereitungen getroffen hat. Die nationale Begeisterung hat auch die Frauen erfasst, die ihre Schamdüfte für die nationale Beteiligung zur Verfügung stellen. Wenn nicht bald eine energische Vermittlung dritter Mächte im Chaco-Konflikt einsetzt, wird ein Krieg zwischen Bolivien und Paragway nicht zu vermeiden sein.

Anleihe-Vertragung wahrscheinlich

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 27. JULI

Belmuche und Landbank fordern die Vertragung der Abtimmung über den Bundesanleihevertrag auf den Herbst, im gegenwärtigen Zeitpunkt werden sie gegen die Anleihe stimmen. Nun verlangt der Reichsfiskus der Christlichsozialen Partei den Rücktritt der Regierung und die Erklärung, daß sich die Christlichsozialen an keiner anderen Regierung beteiligen würden; dies mit der Absicht, den Bundespräsidenten zu zwingen, das Parlament vorläufig auszulösen. Die Mehrheit der Christlichsozialen dürfte aber für ein derartiges Experiment nicht zu haben sein, sondern sich lediglich mit der Regierung Döblich in die Vertragung der Vorlage des Lanfamer Protokolls schicken.

Die Sozialdemokraten, die sich zur neuen Anleihe zu äußern hatten, veröffentlichten ein Mehrheitsgutachten, dem sich auch Wien angeschlossen hat, ein Minderheitsgutachten Tirols, Südtirols und Salzburgs. Aus dem Mehrheitsgutachten sei hervorgehoben, daß es „ungeachtet der Schwere der Bestimmungen des Anleihevertrages“ keinen anderen Ausweg gebe.

Das Minderheitsgutachten erklärt, daß man durch die Aufnahme der Anleihe immer weiter und immer bedenklicher auf eine vollständige Bahn gerate würde. Nur wegen des höchsten Schuldenstands hätten man die Staatsausgaben immer wieder erhöhen können. Selbst wenn man den Kredit aufhöre, sei die Bedingung der älteren Anleihen schon in wenigen Monaten wieder eine offene Frage. Besonders bedenklich sei die Bestimmung des Artikels 9 über die Austragung von Zinsrenten,

Niobe...

Sundert junge, junatsfreundliche Menschen führen unter der Innatenden Romantik wieder Segel auf die See hinaus, die ihr Lebenselement werden soll. Von Grund auf sollen sie die Schiffahrt lernen, das Regiment will es so, die Renter glauben, daß nur der Umgang mit Segeln die richtige Grundlage für einen künftigen Geschäftserfolg abgeben kann.

Sundert junge, junatsfreundliche Menschen lernen den Wind belauern und mit W und Sturm umgehen, fliegen die Masten aus und ab, reffen und bergen Segel und zwingen das Element der Luft, dienstbar zu sein.

Und da geschieht es. Heimtücklich schiebt eine Wö heron, heimtücklich, wie sie in den Winnschiffen besonders sind. Doch ehe die Kommandos durchgeführt werden können, hat der Sturm das Schiff umgelegt, nur Gestanden dauert es, dann ist das Schiff ein totes Stück Holz in der Tiefe der See, ein totes Stück Holz, belastet mit langen Stämmen, den Masten, und tauchend flüchtigen Leinwand, die Segel liegen.

Neunundfünfzig blühende, junge, junatsfreundliche Leben sind erloschen, und es ist nur ein schwacher Trost, daß der Tod diese jungen Leben rasch und pöhslich genommen hat. Neunundfünfzig Mütter haben einen Sohn verloren. Der Name des Schiffes klingt mit einmal wieder erschreckend symbolisch in seinem alten Sinn: „Niobe“.

Niobe, die Tochter des Tantalus, mußte in einer Stunde alle ihre Kinder einem nichtigen Schicksal hingeben. Neunundfünfzig deutsche Mütter haben das Schicksal dieser Mutter nun an sich erfahren. Sie sind berstete Säugner — und alle Mütter und Väter fühlen mit ihnen.

In manden Kreisen nimmt man an, daß die Deutschnationalen am 31. Juli einen gewissen Auftrieb erfahren werden, teils durch Rückstrom von Mitläufern, die den Ausweg im Reich und das Vorgehen in Preußen als einen Erfolg Eugenbergs betrachten, teils durch Zutrom von Gruppen, die — wie nach der Revolution bei den Demokraten Schuch und Mühlhaff gegenüber „jeglichem Sozialismus“ luden. Ob diese Erwartungen zutreffen, wird sich so zeigen. Wichtiger bleibt jedenfalls für den Fortbestand der Regierung der „nationalen Konzentration“ die Frage, wie tagtäglich der „Halt Hitler-Schleicher“ ist. Der Reichswehrminister hat gestern in seiner Rundfunkrede, die ein Meisterstück effektvoller Selbstloben war, durchblicken lassen, daß er keinen Anteil an der Durchführung dieses „Gemeinam“ Regiments habe. Danach wäre die Frage: wie möglich? dahin zu beantworten, daß eine Stärkung der Nationalsozialisten den Winden des entscheidenden Faktors in der Regierung entspräche. Freilich unter der Voraussetzung, daß Hitler nach dem 31. Juli bereit und in der Lage wäre, seine Befolgung auf der Linie einer aktiven Forierungspolitik zu halten, unter Voraussetzung des Termins der Wählerregierung, an den die Masten der Anleihe unbegrenzte materielle und ideelle Hoffnungen anknüpfen.

Die Presse der Nationalsozialisten gibt keinen Aufschluß über die Vorgänge innerhalb dieser mit ein angeführten Bewegung. Der „Hilfliche Beobachter“ veröffentlicht den größten Teil seiner Nachrichten für die Darstellung der Veramungserfolge Hitlers. In immer neuen Bildern wird der Eindruck gezeichnet, den der „Freiheitsflug des Führers“ — so ohne wurde so viel Freiheit verpropieten, wie in diesen Tagen schwerer Verdrehung der Freiheit — auf alle deutschen Stämme, alle Stände und Altersklassen vom fälschenden Aufstiegen bis zum vertengungsfürten Arbeitstagen wurde. Auch die Erklärungen Hitlers, die sich immer gelte bleiben, sind völlig frei von irgendeiner Beziehung zu den aktuellen Fragen. Sie appellieren an Menschen, die durch das gemeinsame Erlebnis der Masse aufnahmefähig für die Suggestionen der Führerüberhörslichkeit sind. Alles ist auf himmlische Werbung eingeteilt, die kein „Mittion“ aus dem grauen Alltag führen soll. Ueberragen haben aufmerksamer Zeter von Hiltes Lebenswert „Mein Kampf“ festgehalten, daß in der neuesten, 12. Auflage, der Sachgehalt ist, der in letzter Zeit vielfach zitiert wurde: „Der Deutsche hat keine bloße Ahnung, wie man das Volk beschuldigen muß, wenn man Massenanhänger haben will.“

Während „der Führer“ seinen Flug über den Wolken fortsetzt, bewegt sich die Agitation seiner Partei weiter in den Abderungen eines Kampfes, der keine Rücksicht kennt, auch wenn die Regierungslinie die nicht zur Gefährdung der nationalsozialistischen Wünsche gehen late. Weder als je überwiegt in der Einfalt von Flugblättern und Werbegegenständen der sozial-radikale Ton. In einem Wahlblatt, das unter dem Titel „Deutschland erwache, Kampfblatt der Schaffenden“ ercheint, wird sogar ganz offen an die Kommunisten appelliert, sie möchten sich „in der deutschen Arbeiterbewegung Adolf Hitlers annehmen“, mit der Begründung, der Kampf gegen sie, denn bei allen Wahlen verliere die K.F.D. an Stimmen.

Manentflich in den Reihen der S.M. war schon bisher der Prozentfall „früherer“ Kommunisten — und merkt, daß ein wirklicher Gesinnungswandel vorliegt? — außerordentlich hoch. Die Werbung verfolgt doch offenbar den Zweck, diesen Prozentfall so zu erhöhen. Wer kann wissen, wie sich die Spannungen zwischen dem offiziellen Ares der Partei, den Hitler vertritt, und den gärenden Massen seiner Anhänger bei einer entworfenen Niobe auswirken werden? Für den Wähler, der die Gefahr dieser Entwidlung hat erkannt, kann es nur bei parole stehen, wie zu entscheiden, daß ein hartes Gegengewicht geschaffen wird, auch für den Fall, daß die Berechnungen nicht stimmen, die der Konzeption Schleichers zugrunde liegen. I. E.